

Zeitschrift: Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES

Herausgeber: Schweizerische Energie-Stiftung

Band: - (1989)

Heft: 1-2: Malville

Artikel: "Inhärent sicher" ist nur die Sicherheit, dass Atomenergie unsicher ist

Autor: Flüeler, Thomas

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-585971>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Energie«politik» des Bundesrates und der kernbürglerlichen Politiker hat System: Man beschwichtigt die Leute, bis die Abhängigkeit der Schweiz von französischen Atomstromimporten «unerträglich» geworden ist, das heisst, bis der «Tschernobyl-Effekt» abgeklungen ist.

Der «Stein des Anstoßes» (offiziell gebrauchter Ausdruck) – Kaiseraugst – ist vom Tisch.

Der Nutzungsbeschluss wird verwässert und verzögert, bis er zu nahe an die Abstimmung über den Energieartikel kommt (worauf man ihn mit Hinweis auf den Verfassungsartikel als überflüssig weglassen kann).

Den Energieartikel wiederum schwächt man auch ab (ohne Energieabgabe, obwohl sogar das sogenannte «Referenz»-Szenario mit vier Prozent Abgabe rechnet), bis zur Unkenntlichkeit – ohne Tarifgrundsätze.

Das «Kernenergiennutzungsge- setz» als Nachfolger des Bundes- beschlusses zum Atomgesetz schiebt man bis zum Jahr 2000 auf die lange Bank und will dann wohl den Bedarfsnachweis und die Forderung nach der «dauern- den, sicheren Entsorgung und Endlagerung» des Atommülls eli- minieren. Die «Gewähr» sogar für hochradioaktive Stoffe wird dann, wenn auch nicht durch die Geologie – Siblingen lässt grüßen –, sondern durch die Technik, auch «inhärent sicher», gegeben sein.

Die total unwirtschaftlichen ato- maren Fernwärmesetze sind laut Entwurf zur Energieabgabe im Rahmen der Finanzordnung zu subventionieren (vielsagend, auch wenn diese Abgabe in der Vernehmlassung keine Gnade fand).

Von Thomas Flüeler, nach einem Artikel in der Wochenzeitung vom 21.4.89

«INHÄRENT SICHER» Energieverzögerungspolitik in der Schweiz – drei Jahre nach Tschernobyl

IST NUR DIE SICHERHEIT, DASS ATOMENERGIE UN SICHER IST

Am 26. April waren es bereits drei Jahre, seit die Strahlenkatastrophe von Menschenhand (vor allem) über Europa hereingebrochen ist. Sie erinnern sich an die tagtäglichen Ängste beim Einkauf oder Pflücken von Salat, an den Grenzwert-Wirrwarr, an die amtlichen Beschwichtigungsversuche – viel haben wir erlebt, aber haben wir auch etwas begriffen und Konsequenzen daraus gezogen?

Eher nein. Zwar veranstaltete das eidgenössische Parlament im Oktober 1986 die Monster-Tschernobyl-Debatte, jedoch meinte man, bereits etwas zu tun, indem viel darüber geredet wurde, wie sich LdU-Nationalrat Paul Günther ausdrückte.

Etwas wenig wurde beschlossen: genügend Jodtabletten bereitzustellen, die im «Ernstfall 2» (Tschernobyl war ja keiner gewesen) der Bevölkerung verteilt werden sollten. Zwar klappt es nach wie vor nicht mit den **Jodtabletten, S. 10**, aber immerhin... Ausstieg wie Moratorium wurden selbstredend abgelehnt; taktisch war man zwar nicht mehr direkt für die Atomenergie, «hielt» aber die «Option Kernenergie» offen. Sogar konkrete Massnahmen im Hinblick auf eine bessere Energiennutzung, eine von Technokraten allseitig aufgestellte Forderung, beispielsweise ein Stromspargesetz, fanden keine Gnade. Entschieden wurde – typisch schweizerisch – nur zu untersuchen, was es hiesse, wenn man entscheiden würde. Die Expertengruppe Energieszenarien EGES wurde aus der Taufe gehoben.

Allerdings trat nun etwas ein, was in der Schweiz relativ selten ist: Der entstandene Bericht betet nicht die Meinungen der Entscheidungsträger in Politik und Wirtschaft nach, sondern zeichnet neue, sinnvollere Wege in der Energiepolitik auf (E + U 1/88, S.8ff).

So neu zwar sind sie auch wieder nicht: Das Beraterbüro Infras hat bereits 1984 für die Atom- und Energieinitiativen wie auch nochmals 1986 gezeigt, dass man ökologisch und ökonomisch vertretbar aus der Atomenergie aussteigen kann. Neu aber waren die Wege für eine offizielle, vom Bundesrat eingesetzte Kommission und goutierbar für das bürgerliche Lager, da sie, jedenfalls anfänglich, den Segen der Verwaltung hatten... oder zumindest auf offiziellem Papier zu lesen waren.

Nur – aller Segen einer Verwaltung nützt nichts, wenn nicht der Chef der Verwaltung dahinter steht. Und der neue Chef, Energieminister Adolf Ogi, torpediert «seine» Expertenszenarien, wo er nur kann. Beispielsweise am 25. November 1988 in Zürich, in einem Referat vor Mitgliedern des Schweizerischen Instituts für Berufspädagogik (E + U 4/88, S.4f). Er behauptete frei von der Leber weg (bar jeden Wissens darf man wohl nicht sagen): «Der Ausstieg wird also verlangt. Ohne – und das möchte ich betonen – ohne eine Alternative zu haben.» Dabei sagte er einige Minuten zuvor: «Die Alternative in der Energiepolitik heisst... sparen oder

importieren. Der Bundesrat hat sich für das Sparen ausgesprochen.»

«... der Gesamtbundesrat», hätte er beifügen müssen, gegen Ogis eigenen Willen. Denn das Kollegium hatte ihn Mitte 1988 mit der Ausarbeitung eines griffigen Energiennutzungsbeschlusses beauftragt, in der Erkenntnis, dass angesichts des hohen Energieverbrauchs wachstumsrasches Handeln angesagt ist. Es war ein Mehrheitsentscheid – gegen die Freisinnigen Delamuraz und Kopp und eben den SVPlr Ogi.

Im Einschwenken der «dynamischen Mitte», der CVP, auf die Politik einer rationalen Energiennutzung durfte man, auch als Ausstiegsbefürworter, Morgenluft wittern. Zwar – man hätte das Ganze auch einfacher haben können – mit einem Stromspargesetz, wofür bereits Verfassungsgrundlagen bestehen. Aber die «dynamische Mitte» wollte keinen Energie-träger «diskriminieren», also nicht nur den Stromverbrauch beeinflussen. Diese Haltung verzweigt die Tatsache, dass die Elektrizität in der Energiediskussion seit dem Ölschock von 1973 ungeschoren geblieben und gewaschen worden ist unter dem Motto «weg vom dreckigen Erdöl, hin zum sauberen Atom»; ihr Sparpotential liegt demnach noch weitgehend brach. Aber immerhin, ein Anfang...

Im federführenden Bundesamt für Energiewirtschaft BEW hingegen rannte man

mit der Forderung nach einem Energiennutzungsbeschluss offene Türen ein. Denn wer sich seriös mit der Energiefrage beschäftigt, kommt ziemlich schnell zum Schluss, dass ein Verzicht auf vermehrte Stromproduktion, also zum Beispiel auf Kaiseraugst, energiepolitisch nur dann glaubwürdig ist, wenn gleichzeitig auch der Stromverbrauch reduziert wird. Die wichtigste Massnahme, dies zu erreichen, nämlich eine schriftweise Tarifharmonisierung nach dem Grenzkostenprinzip, hat aber Bundesrat Ogi aus einem BEW-internen Entwurf gestrichen.

Danach wären die Strompreise auf diejenigen Kosten auszurichten, die die Produktion von zusätzlicher Energie, also aus neuen Kraftwerken, verursachen würde. Oder direkter: Im Winter, wenn die Nachfrage nach Strom gross ist, muss dieser teurer sein als im Sommer, da eine grössere Nachfrage auch ein erhöhtes Angebot (an Kraftwerken) bedingt. Klassische Marktwirtschaft, die ja sonst immer beschworen wird. Zum gleichen Schluss kommt übrigens der jüngste Bericht der Kartellkommission über den Wärme-markt.

Nichtsdestotrotz sträubt sich der bürgerliche Politiker Ogi gegen mehr Marktwirtschaft, in Anlehnung an die Elektrizitätswirtschaft und die mit ihr verhängten Kantone, die dies seit Jahren tun. So ist es auch nicht erstaunlich, dass die Mehrheit der Kantone sowohl Ogis Rumpf- oder

Scheinbeschluss wie auch die ständigeratliche Version eines Energieartikels befürworten – nota bene ohne Tarifgrundsätze –, der den befristeten Beschluss ablösen sollte. Im Stöckli haben sich die CVP-Vertreter (die grösste Fraktion) als dynamisch konservativ erwiesen, was den oben erwähnten Hoffnungsschimmer wieder verblassen lässt.

Zum Ausgleich verstärkt der Energieminister, analog den E-Werken mit ihrem Strom, der das ganze Leben sei, seine «Anstatt-Politik» im Gewand der BRA-VOI-Kampagne. Für sein Departement ist es «ein voller Erfolg», dass jeder 40. Schweizer bis Ende März eine Hocht-glanz-Sparscheibe (bestellt) hat. Dies un-besehen der mässig positiven zwölfjährigen Erfahrung mit Energiesparkampagnen (Willi Ritschard) und der wissenschaftlichen Studien, die solche Aktionen «im üblichen Stile» als «wenig sinnvoll» erachteten (z. B. die Nationalfondstudie von Matthias Peters, «Energiesparen unter der Lupe»), 1986.

Aber natürlich hat das Ganze System: Verwässerung, Verzögerung und Verdrehung heisst die Devise. Angesichts des jährlich steigenden Energieverbrauchs müsste der bis 1998 befristete «Bundes- beschluss über eine sparsame und rationale Energieverwendung» schnell, also etwa in einem Jahr, in Kraft treten. Durch die Ver- schleppung – er hätte eigentlich bereits letztes Jahr dem Parlament vorgelegt wer-

Zeitplan der energiepolitischen Geschäfte

1988	
Energieartikel Article énergétique	NR
Energiegesetz Loi sur l'énergie	
Energiennutzungsbeschluss Arrêté fédéral sur l'énergie	BR
Kaiseraugst	BR SR
Volksempfehlungen Initiatives populaires	
Kernenergiegesetz Loi sur l'énergie nucléaire	
Bundesbeschluss Atomgesetz Arrêté fédéral concernant la loi sur l'énergie atomique	

Quelle: Bundesamt für Energiewirtschaft
NR Nationalrat
Conseil national

Calendrier des affaires de politique énergétique

1989	1990	1991	1992	1993	1994
SR DB VERW	VA NL	VERW BR fakultatives Referendum	1. RAT	2. RAT	fakultatives Referendum
1. RAT NR	2. RAT fakultatives Referendum				
BR 1. RAT	2. RAT VA				
VERW BR	1. RAT 2. RAT VA				
1989	1990	1991	1992	1993	1994
SR Ständerat Conseil des Etats	BR Bundesrat Conseil fédéral	VA Volksabstimmung Votation populaire	VERW Verwaltung Administration	VL Vernehmlassung Consultation	DB Differenzbereinigung Elimination des divergences



Die Internationale Energie-Agentur IEA zweifelt, ob die gegenwärtige schweizerische Energiepolitik ans Ziel führt. Zur Dämpfung der Energienachfrage seien namentlich die verbrauchsabhängige Heizkostenabrechnung sowie marktgerechte Stromtarife einzuführen. Zudem müssten so rasch als möglich gesetzliche Grundlagen für die Energiepolitik geschaffen werden. Experten der IEA zweifeln ob des zeitraubenden Prozederes der direkten Demokratie, dass ausreichende und zeitgerechte Ergebnisse erzielt werden können.

Berner Zeitung, 10.5.89

den sollen – kommt er zu nahe an den Energieartikel heran, der ihn ablösen sollte.

Das kann Ogi nur recht sein, denn ihm liegt nur dieser am Herzen. Damit könnte er als energiepolitischer Friedensstifter (Befrieder?) in die Annalen eingehen, denn seit der leidigen AKW-Frage aus den siebziger Jahren läuft in der offiziellen Energiepolitik gar nichts mehr – nur der Verbrauch steigt unvermindert. Zwar steht nach der ständertäglichen Rupferei nichts mehr drin, was über Allgemeinplätze hinaus geht (die Energieabgabe wurde ja schon im Entwurf des Bundesrats nicht mehr berücksichtigt) – aber Herr Bundesrat haben einen Artikel «durchgebracht».

Ogi möchte dem Entwurf dem Volk spätestens Ende 1990/Anfang 1991 zur Zustimmung vorlegen (**Zeitplan-Tabelle**). Nach seinen Berechnungen ist ihm breite Unterstützung sicher – in der Tat: Wer denn möchte gegen ein Nichts opponieren? Dieses Nichts aber wird Ende 1990 – wohl nicht im «Festjahr» 1991 – als indirekter Gegenvorschlag zur Ausstiegs- und Moratoriumsinitiative herhalten müssen. Nach deren Ablehnung würden dann mit dem vermeintlichen Segen des Volkes – das ja keinen staatlichen «Dirigismus» möchte – das Ausführungsgesetz zum Energieartikel verwässert und die Schleusen der bisher nur «offengehaltenen Option Kernenergie» weit aufgerissen. Just dann müsste man sich vom Joch der Auslandabhängigkeit befreien, das man durch massiven Import französischen Atomstroms (und Kapitalexport!) immer schwerer gemacht hat. Zugute käme uns

dann die zwischenzeitlich leise, aber emsig vorangetriebene Atomforschung, die die «inhärent sicheren» Reaktoren aus dem Hut zaubern könnte. Zwar wird das einzige Referenzwerk des «sicheren» Hochtemperaturreaktors von ABB/Siemens in der Bundesrepublik eingemottet, bevor es produziert (es kostet 4,5 statt 1 Milliarde Mark), aber wenn der Wunsch zu Gevatter steht...

Laut Ogis «energiepolitischer Reise», die er am 26. Januar 1989 vor dem (Atom-)Energieforum hielt, würde auch das Atomgesetz revidiert, nicht wie ursprünglich vorgesehen letztes Jahr, sondern 1992/93 – nach der Abstimmung über die Initiativen – jetzt ist das sogar aufs Jahr 2000 verschoben worden. Mit der Streichung des Passus «dauernde und sichere Endlagerung» (im heute geltenden Bundesbeschluss) wäre zumindest juristisch die Frage nach dem Atommüll gelöst; ohne den Bedarfsnachweis für weitere Atomkraftwerke könnten wir einer strahlenden Zukunft entgegensehen, allein das EGES-«Referenz»-Szenario sieht bis 2025 ganze 19 neue AKWs vor! (Diese Horrorvorstellung ist vielleicht auch Ogi & seiner PR-Truppe sauer aufgestossen – oder sogar in die Knochen gefahren? –, weshalb laut Botschaft zu den Initiativen dieses «eindeutige» Szenario offiziellpolitisch «ausser Betracht» fällt und das Fünfer-und-Weggli-Szenario «Referenz mit verstärktem Sparen» auf den Schild gehoben wird, obwohl wahrscheinlich auch beim Bund der gleiche Franken nicht zweimal – einmal für AKW und einmal für Spartechnologie – ausgegeben werden kann.)

Dass Ogis Rechnung nicht aufgeht, beweisen Ereignisse wie die vermutliche Aufgabe von Wackersdorf, die Flop-Bohrung von Siblingen, das gesunkene U-Boot vor der norwegischen Küste, die wachsende Erkenntnis in den betroffenen Regionen, dass auch ein Ausbau der Wasserkraft an den Ausbau der Atomkraft gekoppelt ist, oder auch die tickende Bombe 70 Kilometer vor Genf, die man Super-Phénix nennt. All dies ist dazu angetan, dass der Atomtechno-Phönix zu Asche wird und auch der Widerstand wieder massiv anwachsen kann...

Jodtabletten oder Wo man das Zwölf-Punkte-Programm liegen lässt

Als Reaktion auf die dringlichen Interpellationen in den Eidgenössischen Räten hat der Bundesrat ein Zwölf-Punkte-Programm ausgearbeitet, «mit welchem die wesentlichen Aspekte der Unfallfolgen und deren Bewältigung untersucht und deren Verbesserungen realisiert werden sollen» (auch E+U 2/87, S. 11f).

Nun – entweder weiss der Bundesrat nicht, was die «wesentlichen Aspekte» einer Strahlenkatastrophe sind oder – was wahrscheinlicher erscheint – er und all die «Kernenergioptions-Offenhalter» machen auf Beschwichtigung. Zum Beispiel:

Noch immer sind KEINE JODTABLETTEN an die Bevölkerung verteilt worden. «Mit der Bestellung der Tabletten ist frühestens 1990 zu rechnen», heisst es im zuständigen Bundesamt für Gesundheitswesen. Die Pillen, die bereits 1988 hätten verteilt sein müssen, sollen das Eindringen radioaktiven Jodes in die Schilddrüse des Menschen verhindern – vor allem «für Kinder im Wachstum wichtig», «für ältere Erwachsene kann sich die Einnahme dagegen eher kontraktiv auswirken»... (Mitteilung vom 20. 4. 89).

Die ALARMORGANISATION ist nach dem Chaos von 1986 zwar in der «Verordnung über die Einsatzorganisation bei erhöhter Radioaktivität» gelöst, doch klappen tut's nicht, so im Kanton Aargau, wo jede dritte Gemeinde noch nicht einmal schriftliche Anweisungen und Hilfestellungen für DEN Fall besitzt (Bund, 14. 2. 89).

Das vielzitierte «SICHERHEITSBREVIER» lässt so lange auf sich warten, dass «der Verdacht aufkommt, die Broschüre könnte termingerecht als offizielle Beruhigungsspille im Abstimmungskampf um die Atominitiativen eingesetzt werden», wie die Gewaltfreie Aktion Kaiseraugst GAK am 21. 4. 89 als Initiantin einer – auch von der SES getragenen – Petition für die Teilnahme an einem Hearing über die Publikation dem Bundesamt für Gesundheitswesen vorhielt. Die Anhörung hätte im Januar 1989 stattfinden sollen...

Bundesrat und nationalrätliche Geschäftsprüfungskommission liegen über den STRAHENSCHUTZ so im Clinch, dass auch mit der Abschaffung einer (scharfen?) Verordnung – wenn überhaupt – noch länger nicht gerechnet werden kann (Energieszene, Seite 5).

Super
Phénix
mai
vive